



Nr. 1194

Verteiler:

Abteilung 11 (5 Exemplare)
AStA (5 Exemplare)

GBL 1
Abteilung 12
GBL 2
Abteilung 21
Abteilung 22
Stabstelle Interne Revision und Organisationsentwicklung

Aushang

Herausgegeben von der
Präsidentin der
Technische Universität
Braunschweig

Redaktion:
Geschäftsbereich 1
Universitätsplatz 2
38106 Braunschweig
Tel. +49 (0) 531 391-4306
Fax +49 (0) 531 391-4340

Datum: 14.12.2017

**Rahmenvorgaben für die Finanzordnung der Studierendenschaft
der Technischen Universität Braunschweig**

Hiermit werden die vom Präsidium in seiner Sitzung am 06.12.2017 gemäß § 20 Abs. 4 Satz 3 i. V. m. § 37 Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG) in der zuletzt geänderten Fassung vom 15.12.2015 (Nds. GVBl. S. 384) beschlossenen Rahmenvorgaben für die Finanzordnung der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig hochschulöffentlich bekannt gemacht.

Die Rahmenvorgaben für die Finanzordnung der Studierendenschaft treten gemäß Nr. 9 der Rahmenvorgaben nach ihrer hochschulöffentlichen Bekanntmachung mit Wirkung zum Sommersemester 2018 in Kraft.



Rahmenvorgaben

für die Finanzordnung der Studierendenschaft

der TU Braunschweig



Inhaltsübersicht

Präambel

- 1. Allgemeine Grundsätze**
- 2. Finanzordnung**
- 3. Haushalts- und Wirtschaftsführung**
 - 3.1 Aufstellung des Haushaltsplans**
 - 3.2 Ausführung des Haushaltsplans**
- 4. Buchführung und Rechnungswesen**
- 5. Vorgaben zur Rechnungslegung**
- 6. Jährliche Überprüfungen durch die TU Braunschweig**
- 7. Bereichsspezifische Vorgaben zur Finanzordnung**
- 8. Beratung im Rahmen der Rechtsaufsicht**
- 9. Inkrafttreten und Übergangsregelung**

Rahmenvorgaben für die Finanzordnung

der Studierendenschaft der Technischen Universität Braunschweig

Präambel

Gemäß § 20 Abs.4 Satz 3 Niedersächsisches Hochschulgesetz (NHG) in der zuletzt geänderten Fassung vom 15.12.2015 (Nds. GVBl. S.384) richtet sich das Finanzwesen der Studierendenschaft nach einer nach Maßgabe der §§ 105 bis 112 LHO von ihr zu beschließenden Finanzordnung. Das Präsidium erlässt Rahmenvorgaben für die Finanzordnung und überprüft mindestens einmal jährlich deren Einhaltung.

Vom Präsidium der Technischen Universität Braunschweig (TU Braunschweig) werden nachstehende Rahmenvorgaben erlassen.

1. Allgemeine Grundsätze

Die Studierendenschaft der TU Braunschweig hat als deren Teilkörperschaft den Status einer juristischen Person des öffentlichen Rechts im Sinne der Bestimmungen der Landeshaushaltsordnung (LHO). Es kommen für die von der Studierendenschaft zu beschließende Finanzordnung die sich aus § 20 Abs. 4 NHG ergebenden Vorschriften der LHO nach Maßgabe dieser Rahmenvorgaben wie folgt zur Anwendung.

Es gelten gemäß § 105 LHO:

- §§ 1 bis 87 in Verbindung mit §§ 106, 108 LHO für den Haushaltsplan,
- § 107 LHO für die Erhebung von Umlagen und Beiträgen,
- § 109 LHO für Rechnungslegung, Prüfung und Entlastung.

Sofern einzelne Regelungen in den Rahmenbestimmungen des Präsidiums nicht genannt oder präzisiert werden, gelten die gesetzlichen Regelungen. Die zu beschließende Finanzordnung sowie zukünftige Änderungen sind dem Präsidium zur Genehmigung vorzulegen.

Die Haushaltsplanung und die Haushaltsführung der Studierendenschaft erfolgt nach den Grundsätzen der Kameralistik, die bis auf weiteres als zweckmäßig angesehen wird. § 110 LHO, der alternativ die Aufstellung eines Wirtschaftsplans vorsieht, findet keine Anwendung.

Gemäß § 111 Abs. 1 LHO unterliegt die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studierendenschaft der Prüfung durch den Landesrechnungshof (LRH).

§ 112 LHO enthält Sonderregelungen, auf die das NHG ebenfalls verweist, für deren Anwendung jedoch kein konkreter Ansatz ersichtlich ist.

Das „zur Geschäftsführung berufene Organ“ gemäß der haushaltsrechtlichen Bestimmungen ist der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA) der Studierendenschaft der TU Braunschweig.

Als „besonderem Beschlussorgan der Studierendenschaft“ gemäß haushaltsrechtlicher Bestimmungen obliegt dem Studierendenparlament die Feststellung und Überwachung der Ausführung des Haushaltsplans sowie die Entlastung des AStA.

Der AStA berichtet dem Studierendenparlament mindestens einmal im Semester schriftlich und mündlich über den Vollzug des Haushaltsplans und die Budgetsituation.

2. Finanzordnung

Mit der Finanzordnung wird die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studierendenschaft im Einzelnen geregelt. Die Satzung der Studierendenschaft kann Grundlegendes zum Finanzwesen, andere Ordnungen im Rahmen der Selbstverwaltung können zu spezielle Bereichen Regelungen enthalten. Die Bestimmungen insgesamt müssen den jeweils gültigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere des NHG sowie der LHO und den Rahmenvorgaben des Präsidiums entsprechen.

Unter Berücksichtigung der allgemeinen Vorschriften (§§ 1 bis 10 LHO) ist in der Finanzordnung mindestens Folgendes zu regeln:

- > Die Aufstellung des Haushaltsplans und der Finanzplanung (§§ 11 bis 33 LHO),
- > Die Ausführung des Haushaltsplans (§§ 34 bis 69 LHO)
- > Zahlungen, Buchführung und Rechnungslegung (§§ 70 bis 88 LHO),
- > Genehmigungsvorbehalt des Haushaltsplans durch das Präsidium der TU Braunschweig gemäß § 108 LHO.

Die genannten Bestimmungen sind jeweils auf Anwendbarkeit für die Studierendenschaft zu prüfen und können durch Ergänzungen in der Finanzordnung an die speziellen Rechtsverhältnisse der Studierendenschaft angepasst werden.

In der Finanzordnung (oder ggfs. anderen Ordnungen) sollen zudem auch Zuständigkeiten, Verfahren, Entscheidungsfindung und Verantwortlichkeiten im Hinblick auf die Haushalts- und Wirtschaftsführung klar geregelt werden.

Die Studierendenschaft ist zur Einhaltung der Finanzordnung durch ihre Organe und Funktionsträger verpflichtet.

3. Haushalts- und Wirtschaftsführung

3.1 Aufstellung des Haushaltsplans

Für den jährlichen Umgang mit den Finanzen der Studierendenschaft, ist ein Haushaltsplan aufzustellen. Das Haushaltsjahr für die Haushaltsführung der Studierendenschaft läuft vom 01. April bis 31. März.

Der Haushaltsplan ist für das folgende Geschäftsjahr im Dezember des Vorjahres zu erstellen und vom Studierendenparlament im Januar zu verabschieden. Danach ist der Haushaltsplan dem Justizariat zur Genehmigung vorzulegen. Dieses wird den Haushaltsplan nach Prüfung durch die Haushaltsabteilung der TU Braunschweig dem Präsidium zur Genehmigung vorlegen. Bis zum Beschluss des Haushaltsplans durch das Studierendenparlament und der Genehmigung durch das Präsidium der TU Braunschweig gemäß § 108 LHO können nur solche Ausgaben getätigt werden, welche der gewöhnliche Geschäftsbetrieb mit sich bringt. Änderungen des Haushaltsplans sind ebenso vom Studierendenparlament zu verabschieden und vom Präsidium zu genehmigen.

Haushaltsplan und Rechnungswesen basieren auf einer Einnahmen- und Ausgabenrechnung. Der Haushaltsplan bildet die zu der Tätigkeit und den Einzelaktivitäten der Studierendenschaft gehörende Finanzplanung ab und gibt die sich aus dieser Tätigkeit und diesen Einzelaktivitäten ergebenden Verpflichtungen und Einnahmen vollständig wieder. Er bildet die Grundlage für die Bewirtschaftung der Finanzmittel.

Haushaltsplan und Buchführung sind so zu gestalten, dass die Grundsätze von Klarheit und Wahrheit jederzeit gewährleistet sind. Für die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben sowie Investitionen ist eine Systematik zu wählen, die es auch in der Buchführung Ungeübten erlaubt, die Grundsätze von Klarheit und Wahrheit zu gewährleisten. Sie muss mindestens folgende Unterscheidungen ermöglichen:

- Einnahmen nach Herkunft
- Personalausgaben inklusive Aufwandsentschädigungen
- Sachausgaben gegliedert nach Verwendungszwecken
- Investitionen.

Der Haushaltsplan gibt Auskunft über die Quelle und die voraussichtliche Höhe der geplanten Einnahmen sowie den Verwendungszweck und die voraussichtliche Höhe der geplanten Ausgaben. Wesentliche Abweichungen von der vorherigen Haushaltsplanung sind zu erläutern und zu begründen. Zur Dokumentation der Vermögenssituation sind vorhandene Anlagegüter in Bestandsverzeichnissen und vorhandene Verbrauchsgüter in Materialverzeichnissen auszuweisen. Vorhandene Rücklagen sind gesondert auszuweisen und deren beabsichtigte Verwendung ist darzulegen.

Im Haushaltsplan sind je Einnahme-, Ausgabe- und Investitionsposition auszugeben:

- das Ist des zuletzt festgestellten Haushaltsjahres,
- der Planwert des laufenden Haushaltsjahres,
- der zu beschließende Planwert des folgenden Haushaltsjahres.

3.2 Ausführung des Haushaltsplans

Die Studierendenschaft ist zur sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung verpflichtet.

a) Einnahmen:

Einnahmen sind gemäß § 34 LHO vollständig und rechtzeitig zu erheben.

Zur Erfüllung Ihrer Aufgaben erhebt die Studierendenschaft Beiträge von den immatrikulierten Studierenden der TU Braunschweig. Die Höhe der zu entrichtenden Beiträge ist in der Beitragsordnung der Studierendenschaft zu regeln (§ 20 Abs. 3 NHG).

Für alle freiwilligen Maßnahmen, die voraussichtlich Einnahmen generieren, ist eine Kalkulation zu erstellen. Diese muss alle anfallenden Ausgaben, die voraussichtlichen Einnahmen und eine Darstellung der Deckung beinhalten. Diese Kalkulation ist zu den Rechnungsunterlagen zu nehmen.

b) Ausgaben:

Die Ausgaben der Studierendenschaft haben sich an ihren gesetzlich zugewiesenen Aufgaben zu orientieren, die insbesondere kein allgemeinpoltisches Mandat umfassen. Soweit sich Ausgaben nicht offenkundig von dem Aufgabenkatalog des NHG ableiten lassen, ist stets zu prüfen, ob eine Maßnahme, ein Projekt oder dergleichen einer der Aufgaben unterfällt, wie in § 20 Abs.1 NHG festgelegt, der in Bezug auf die Studierendenschaft wie folgt lautet:

„Sie hat insbesondere die hochschulpolitischen, sozialen und kulturellen Belange der Studierenden in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen. Sie hat die Aufgabe, die politische Bildung der Studierenden und die Verwirklichung der Aufgaben der Hochschule zu fördern. In diesem Sinne nimmt sie für ihre Mitglieder ein politisches Mandat wahr.“

Die für die Finanzen der Studierendenschaft Verantwortlichen haben sich zu vergewärtigen, dass Ausgaben, die von den Aufgaben der Studierendenschaft nicht gedeckt sind, unter Umständen strafrechtliche Relevanz, insbesondere unter dem Aspekt der Untreue haben können.

4. Buchführung und Rechnungswesen

Für alle Zahlungen und Buchungen gilt das Prinzip der zeitnahen Erfassung und das Vier-Augen-Prinzip, also die Durchführung und die Kontrolle der Durchführung durch zwei verschiedene Personen. Die Grundsätze zur ordnungsgemäßen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen sind zu gewährleisten.

Die Studierendenschaft unterhält für ihre liquiden Mittel und zur Durchführung des Zahlungsverkehrs ein Geschäftskonto bei einer Bank oder Sparkasse mit Sitz ausschließlich in Deutschland. Dadurch werden die zeitnahe Kontoführung und die Einlagensicherung gewährleistet. Es ist sicherzustellen, dass jeglicher Zahlungsverkehr ausschließlich über das Geschäftskonto erfolgt. Nebenbuchhaltungen, Schattenhaushalte oder schwarze Kassen sind unzulässig.

Der Umgang mit Bargeld ist soweit möglich zu vermeiden und auf Ausnahmen zu begrenzen. Bargeld ist spätestens am auf die Einnahme folgenden Tag gegenüber einer verantwortlichen Person abzurechnen und von dieser unverzüglich auf das Geschäfts-

konto einzuzahlen. Zahlungsmittel, Sparbücher und sonstige Zahlungsunterlagen sind in einem verschlossenen Geldbehälter sicher aufzubewahren und gegen unbefugten Zugriff durch Unberechtigte zu schützen.

Nicht benötigte Liquidität kann bis zu ihrer Verwendung zinsbringend bei einer Bank oder Sparkasse mit Sitz ausschließlich in Deutschland angelegt werden. Eine Vermögensanlage darf ausschließlich mündelsicher erfolgen, d.h. Wertverluste der Anlage sind praktisch ausgeschlossen. Die Regelungen des § 83 Abs. 1 Nr. 1-5 SGB IV zur Anlagemöglichkeit von Rücklagen finden keine Anwendung.

Kredite zur Finanzierung von Maßnahmen oder Investitionen dürfen nicht aufgenommen werden.

5. Vorgaben zur Rechnungslegung

Nach Ende des Haushaltsjahres ist eine Rechnungslegung vorzunehmen. Diese soll zeigen, dass mit den Finanzmitteln der Studierendenschaft ordnungsgemäß und wirtschaftlich umgegangen wurde. Sie zeigt auch die Erfüllung des Haushaltsplans in realen Daten. Die Ergebnisse der Rechnungslegung sind ihrerseits Grundlage der Haushaltsplanung des Folgejahres.

Die Rechnungslegung ist bis Ende April im nachfolgenden Haushaltsjahr aufzustellen. Die wesentlichen Punkte der Rechnungslegung sind vom AStA in einem Kurzbericht festzuhalten. Dieser Bericht enthält somit einen Vergleich von Soll und Ist und eine Kommentierung der wichtigsten Zahlen der Rechnungslegung.

Danach ist die Rechnungslegung durch mindestens zwei Kassenprüfer bzw. Kassenprüferinnen zu prüfen. Die Prüfung hat sich auch darauf zu erstrecken, ob wirtschaftlich verfahren wurde und ob bei der Haushalts- und Wirtschaftsführung die geltende Finanzordnung eingehalten wurde. Das Ergebnis der Prüfung ist in einer Niederschrift festzuhalten.

Das Studierendenparlament hat die Aufgabe, über die Rechnungslegung unter Berücksichtigung der Prüfergebnisse der Kassenprüfung sowie die Entlastung des AStA per Beschluss zu befinden. Die Entlastung des AStA muss bis zum 30. Juni des folgenden Haushaltsjahres erfolgt sein.

Die für die Rechnungslegung erforderlichen Unterlagen (Rechnungsbelege, Kalkulationen, Kontodaten, Verträge etc.) unterliegen den gesetzlichen Aufbewahrungsfristen. Danach sind gemäß VV Nr. 5.7.5 zu § 70 bis 72 und 74 bis 80 LHO Bücher und Rechnungsunterlagen zehn Jahre, Belege sechs Jahre und die übrigen Unterlagen ein Jahr aufzubewahren. Abweichende Aufbewahrungszeiten in Rechts- und Verwaltungsvorschriften bleiben unberührt.

6. Jährliche Überprüfungen durch die TU Braunschweig

Gemäß § 20 Abs. 4 Satz 4 NHG überprüft die TU Braunschweig mindestens einmal jährlich die Einhaltung der Rahmenvorgaben des Präsidiums durch die Studierendenschaft. Hierzu wird Folgendes vorgegeben:

Nach Entlastung durch das Studierendenparlament sind:

- die Rechnungslegung und die dazugehörigen Unterlagen,
- der Bericht des AStA sowie
- die Prüfungsniederschrift der Kassenprüfung

in 2-facher Ausfertigung dem Justizariat der TU Braunschweig vorzulegen.

Dieses leitet die vorgelegten Unterlagen zur Prüfung des Jahresabschlusses der Haushaltsabteilung der TU Braunschweig zu, welche die Einhaltung der geltenden Bestimmungen sowie insbesondere auch der Rahmenvorgaben ggfs. in Abstimmung mit dem Justizariat prüft.

Die Stabstelle Interne Revision und Organisationsentwicklung, Bereich Innenrevision (IR) oder auch andere vom Präsidium Beauftragte haben darüber hinaus das Recht zu Sonderprüfungen, wenn die jährlich durchzuführenden Prüfungen dazu Anlass geben oder dies vom Präsidium für erforderlich gehalten wird. Dies beinhaltet auch die Einsichtnahme in die zur Prüfung benötigten Unterlagen in den Räumlichkeiten des AStA.

Die Ergebnisse der Sonderprüfung werden in einem Prüfbericht festgehalten und dem Präsidium zur Genehmigung vorgelegt.

Die Weiterverfolgung allgemeiner oder im Rahmen der jährlichen Überprüfung festgestellter Mängel erfolgt nach Abstimmung mit der Haushaltsabteilung oder der IR durch das Justizariat.

Unbeschadet der jährlichen Überprüfung ist die Studierendenschaft verpflichtet, zu ihrer Haushalts- und Wirtschaftsführung jederzeit Auskunft gegenüber der TU Braunschweig zu geben. Die Rechte des Landes Niedersachsen sowie des Landesrechnungshofs bleiben unberührt.

Verstößt die Studierendenschaft in ihrer Haushalts- und Wirtschaftsführung gegen die Finanzordnung, so kann das Präsidium eine befristete Verfügungssperre über das Vermögen der Studierendenschaft erlassen (§ 20 Abs. 4 S. 5 NHG).

7. Bereichsspezifische Vorgaben zur Finanzordnung

Die Finanzordnung hat über die vorgenannten Punkte hinaus insbesondere Regelungen für folgende Bereiche vorzusehen:

- > Beachtung des öffentlichen Vergaberechts (Einkauf von Waren und Dienstleistungen nach Maßgabe der Vergabe- und Vertragsordnung (VOL) bzw. der Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF),
- > Verkauf von Gütern und Erbringung von eigenen Leistungen,
- > Regelungen für Reisen in Erfüllung der Aufgaben der Studierendenschaft,
- > Die Studierendenschaft als Arbeitgeber (Begründung und Vergütung von Beschäftigungsverhältnissen jeglicher Art, inklusive des Grundsatzes der Ausschreibungspflicht sowie tarifrechtlicher Aspekte),
- > Regelungen zur Haftung für Vermögensschäden im Außen- und Innenverhältnis bei grober Fahrlässigkeit und Vorsatz,
- > Berücksichtigung des Nichtversicherungsprinzips, das auch für die Studierendenschaft gilt,
- > Regelungen für die Gewährung von Darlehen (geringen Umfangs) an Studierende der TU Braunschweig (Hilfsfondsordnung),
- > Regelungen zur Gründung und Beteiligung an Unternehmen, die insbesondere dem Zustimmungserfordernis des Präsidiums unterliegen,
- > Regelungen zum Zahlungsverkehr (Kontovollmachten etc.),
- > Regelungen zur Kontoführung und -überwachung
- > Regelungen zum Inhalt und zur zeitlichen Nähe von Abrechnungen (z. B. von Veranstaltungen)
- > Verpflichtungen, die über ein Wirtschaftsjahr hinausgehen,
- > Regelungen zur Aktenführung, zur Amtsübergabe und zu den Aufbewahrungsfristen.